

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung	13
I. Die Abofalle im Internet – eine Einführung	13
II. Gegenstand der Untersuchung und Vorgehensweise	21
1. Gegenstand der Untersuchung	21
2. Vorgehensweise	24
B. Zivilrechtliche Schutzmechanismen und Eingehungsbetrug im Internet – ein unlösbares Spannungsverhältnis?	25
I. Grundlagen	25
1. Einordnung innerhalb des Betrugstatbestandes	25
2. Vermögensbegriff	27
a) Eingehungsbetrug und Vermögensschaden	30
b) Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts	32
3. Resümee und Folgen für die vorliegende Untersuchung	35
a) Resümee	35
b) Folgen für die vorliegende Untersuchung	38
II. Eingehungsbetrug trotz fehlendem oder fehlerhaftem Button?	40
1. Abgrenzung anhand tatsächlicher Gefahrenmomente auf der Grundlage von Rechtsprechung und Lehre entwickelter Kriterien	43
a) Objektive Merkmale	43
aa) Zurückbehaltungsrecht / Zug um Zug-Erfüllung	44
bb) Beweislastumverteilung, Rechtsschein und Prozessrisiko	45
cc) Faktische Zugriffsmöglichkeit / Entzug der faktischen Verfügungsgewalt	53
dd) Manipulation des Vertragsgegenstandes	55
ee) Adressatenkreis	57
ff) Abgrenzungsmodell <i>Hefendehls</i>	62
gg) Kriminalpolitische Abgrenzung	66
b) Subjektive Merkmale Täuschender	67
c) Subjektive Merkmale Getäuschter	73
aa) Fehlende Kenntnis und Erkennbarkeit	74
bb) Glaube an Zahlungspflicht	78

cc) Weitere subjektive Eigenschaften und persönliche Einstellung	83
2. Stellungnahme	84
a) Gegenläufigkeit der Abgrenzungskriterien	85
aa) Abstellen auf objektive Nachvollziehbarkeit	86
bb) Abstellen auf tatsächliche Gefahrenlage	87
b) Die Abofalle als Ausprägung einer tiefergreifenden Problematik	94
c) Lösungsansätze der Literatur	97
3. Ergebnis und Lösungsvorschlag	100
a) Zusammenfassung des Ergebnisses	100
b) Ausblick und Lösungsvorschlag	101
aa) Faktische Verknüpfung	102
bb) Rechtliche Verknüpfung	103
cc) Normative Verknüpfung	104
c) Präzisierte Definition der Vermögensverfügung	106
III. Einfluss des Widerrufsrechtes auf den Eingehungsbetrug im Fernabsatz	108
1. Zivilrechtliche Grundlagen	114
a) Anfechtungsrecht	114
b) Rücktrittsrecht	116
aa) Gesetzliches Rücktrittsrecht	116
bb) Vertragliches Rücktrittsrecht	118
c) Stornierungsbereitschaft	119
d) Widerrufsrecht	119
2. Grundlegung – Einfluss zivilrechtlicher Lossagungsmöglichkeiten auf den Betrugstatbestand	123
a) Grundlegung – allgemeiner Einfluss zivilrechtlicher Lossagungsmöglichkeiten auf den Eingehungsbetrug	123
aa) Zivilrechtliche Voraussetzungen	129
bb) Erkennbarkeit von Täuschung und Lossagungsmöglichkeit	131
cc) Keine Beweisschwierigkeiten	132
dd) Zumutbarkeit der rechtlichen und tatsächlichen Durchsetzung	133
ee) Zwischenergebnis	138
b) Grundlegung zum Einfluss des Anfechtungsrechts auf den Eingehungsbetrug	139

c) Grundlegung zum Einfluss des Rücktrittsrechts auf den Eingehungsbetrug	140
aa) Gesetzliches Rücktrittsrecht	141
bb) Vertragliches Rücktrittsrecht	141
d) Grundlegung zum Einfluss des Widerrufsrechtes nach dem Abzahlungsgesetz, dem Verbraucherkreditgesetz und dem Haustürwiderrufsgesetz	143
e) Grundlegung zum Einfluss der Stornierungsbereitschaft auf den Eingehungsbetrug	144
3. Einfluss des Widerrufsrechtes auf den Eingehungsbetrug im Fernabsatz	145
a) Entstehung eines zivilrechtlich werthaften Widerrufsrechtes als Fundament	146
aa) Vertrag geschlossen / Rechtsschein	147
bb) Kein Ausschluss des Widerrufs	149
cc) Zwischenergebnis	151
b) Entstehung eines wirtschaftlich werthaften Widerrufsrechtes	152
aa) Gesetzliche Anforderungen an die Ausübung des Widerrufsrechtes	152
(1) Erkennbarkeit des Widerrufsrechtes und Beweislastverteilung	153
(2) Rückabwicklung	158
(a) Kosten und Aufwand der Rücksendung	160
(b) Wertersatz bei Ingebrauchnahme	162
(3) Zwischenergebnis	167
bb) Hindernisse bei der Ausübung des Widerrufsrechtes	168
(1) Aus der Sphäre des Täuschenden	170
(2) Aus der Sphäre des Getäuschten	174
(3) Zwischenergebnis	179
4. Ergebnis und Ausblick	179
C. Schlussbetrachtung	187
I. Auswirkungen der „Button-Lösung“ auf den Eingehungsbetrug	188
II. Auswirkungen des Widerrufsrechtes auf den Eingehungsbetrug	195
Literaturverzeichnis	201